

des Staatsrates daher erst heute um 17 Uhr Herrn Bundesrat Stich übergeben können. Aber ich werde sie schriftlich nachliefern und auf eine Antwort warten.

Der Regierungsrat des Kantons Graubünden hat auch eine Eingabe gemacht. Beide Kantone sind zur gleichen Bilanz gekommen, nämlich dass wir mit dieser Sparpolitik im Berggebiet und in Randkantonen sehr viel verlieren – oder mehr verlieren als andere.

Es gibt einen ganzen Katalog: Bei den linearen Subventionskürzungen tragen wir Mehrlast. Von der Streichung der Bundesbeiträge bei den Kläranlagen sind wir betroffen. Hinzu kommen: massive Kürzung der IHG-Gelder, Wegfall der Beiträge an die Gesellschaft für Hotelkredite, Sondersatz für das Gastgewerbe bei der Mehrwertsteuer – er wurde nicht genehmigt – und Wegfall der Parahotellerie-Statistik. Weitere Stichworte sind: Bundesbeiträge an die Viehausmerzaktionen im Berggebiet, Klassierung der wichtigen Zufahrtsstrassen zu den Tourismuszentren als schweizerische Hauptstrassen, ein erhöhter Subventionssatz bei den Nationalstrassen, der gesetzlich gerechtfertigt wäre, Abbau beim regionalen Verkehr, Tarifannäherung, Aufhebung des Autoverlads am Simplon, Herabsetzung der Beiträge bei Lötschberg und Furka, Abbau von Bundesarbeitsplätzen, Schmälerung der Schlechtwetterentschädigung, keine Abfederung beim Gatt usw.

Beide Kantone haben die gleichen Begehren gestellt; der Kanton Graubünden nennt zum Beispiel auch die linearen Beitragskürzungen, den Sondersatz Mehrwertsteuer, das Gatt-Abkommen, die Wasserkraftnutzung, die Ausländerpolitik, die Rhätische Bahn, die Strassen usw.

Was muss man unternehmen, um hier Gegensteuer zu geben? Wir brauchen eine neue Regionalpolitik. Diese Erneuerung ist unbedingt notwendig, Frau Spoerry und Herr Stucky, wir brauchen eine Stärkung des bundesstaatlichen Finanzausgleiches und nicht das Gegenteil! Wir brauchen auch eine Neudefinition der Wasserzinsschranke usw.

Wir wollen aber nicht nur jammern, sondern die Gebirgskantone bedanken sich auch. Sie haben viel erhalten, und wir erhalten auch viel, aber diese Sparrunden ergeben massive Einbussen, und wir erhalten neben dem Zuckerbrot auch die Peitsche. Wir haben bis heute enorme solidarische Leistungen entgegennehmen können. Ich bin aber überzeugt, dass das Schweizervolk dies auch will, und es wird Ihnen das bei der nächsten Volksabstimmung beweisen, wenn man die Heimarbeit abschaffen will, indem man die Zuständigkeit für die persönliche militärische Ausrüstung den Kantonen wegnimmt und dem Bund zurückgibt. Ich bin sicher, dass hier das Schweizervolk zum Guten sehen wird.

Wir brauchen eine neue Regionalpolitik, einen sogenannten New Deal, aber auch wir sollten etwas dazu beitragen. Gebt uns die Möglichkeit, unsere Wasserkraft noch besser auf Leistung zu trimmen und unsere Kraftwerke auf eigene Füße zu stellen! Dann haben wir Mehreinnahmen, die wir nicht erbeteln müssen.

Unser Kanton hat mit der Rationalisierung des Beamtenapparates ein Paradebeispiel geliefert und vordemonstriert, wie man auch im Kanton sparen kann. Wir wollen nicht betteln, wir wollen Probleme lösen, aber wir wollen sie so weit als möglich selber lösen; wir sind nicht nur für Solidarität, sondern auch für Subsidiarität. Wir erbringen mit dem Tourismus enorme Einnahmen für das ganze Land, und hier führt natürlich die Mehrwertsteuer zu höheren Preisen und damit zu einer schlechteren Stellung im Konkurrenzkampf. Aber auch unvernünftige Forderungen im Natur- und Heimatschutz sind nicht am Platz. Die schöne Landschaft ist das wichtigste Element für den Tourismus, und sie ist vornehmlich für das Bestehen im Konkurrenzkampf wichtig. Wir werden Sorge tragen, aber ohne Eingriffe geht es nun eben nicht. Strassen und Bahnen sind nun einmal Störfaktoren, und ohne diese Störfaktoren kommen unsere Touristen nicht in unser Land; daher ist eine Verhinderung auch dieser Werke nicht am Platz. «Geben und nehmen», das wäre die Parole für diesen New Deal in der Regionalpolitik.

Stich Otto, Bundesrat: Im Moment sind wir eigentlich dabei, den Haushalt zu sanieren, und nicht dabei, uns zu überlegen, wie wir weitere Gelder verteilen und Einnahmen reduzieren

könnten. Ich denke, Herr Schmidhalter, der Kanton Wallis kann sich in den letzten Jahren nicht über den Bund beklagen. Wenn ich nur daran denke, was er im Zusammenhang mit den zwei Katastrophen, die Ihren Kanton heimsuchten, an ausserordentlichen Leistungen bekommen hat und bekommen wird. Es ist selbstverständlich, dass man hilft. Aber das Helfen hat auch seine Grenzen. Man muss dafür die Solidarität der anderen gewinnen.

Wir versuchen jetzt für einmal, unseren Haushalt insgesamt, im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, zu sanieren. Es ist nett, dass der Staatsrat des Kantons Wallis noch eine besondere Schrift zu Ihrer Interpellation abgibt. Aber das ist eigentlich nicht unbedingt die Art und Weise, wie der Kontakt zwischen Kantonsregierungen und Bundesrat funktionieren sollte.

94.3559

Motion der liberalen Fraktion Neue Stellen und Ausgaben. Übersicht

Motion du groupe libéral Vue d'ensemble des postes nouveaux

Wortlaut der Motion vom 16. Dezember 1994

Gestützt auf Artikel 22 Absatz 1 des Geschäftsverkehrsgesetzes verlangt die liberale Fraktion, dass zu Beginn jeder Session eine Liste erstellt wird über alle neuen Stellen und sämtliche neuen Investitions- und/oder Betriebsausgaben, die mit den für die Session traktandierten Geschäften in Zusammenhang stehen. Diese Liste soll dem Verlauf der Sessionsgeschäfte entsprechend nachgeführt werden.

Texte de la motion du 16 décembre 1994

Conformément à l'article 22 alinéa 1er de la loi sur les rapports entre les Conseils, le groupe libéral demande qu'au début de chaque session soit dressé un tableau de tous les postes nouveaux et de toutes les dépenses nouvelles (d'investissement et/ou de fonctionnement) en relation avec les objets prévus à l'ordre du jour de la session et que ce tableau soit tenu à jour au fur et à mesure de l'avancement des travaux de la session.

Sprecherin – Porte-parole: Sandoz

Schriftliche Begründung

Die Führung der Finanzen des Bundes setzt eine Gesamtchau voraus, die durch die Arbeitsweise des Parlamentes sehr erschwert wird. Dem Parlament werden die Texte spät und in ungeordneter Reihenfolge zugestellt. Die Papierflut ist beträchtlich. All dies behindert den Überblick über die Konsequenzen der Entscheide. Es ist beinahe unmöglich, Sparmassnahmen zu fordern oder gar zu realisieren, wenn man sich über die konkreten Auswirkungen der getroffenen oder zu treffenden Entscheide keine Vorstellung mehr machen kann.

Développement par écrit

La gestion des finances fédérales exige une vue d'ensemble que le mode de travail du Parlement rend très difficile. La tardivité avec laquelle les textes sont remis aux députés, le désordre des envois, la masse des papiers de tous genres nuisent à l'appréhension globale des conséquences des décisions. Il est presque impossible d'exiger, voire de réaliser des économies quand on n'arrive pas à se représenter constamment les conséquences concrètes de toutes les décisions prises ou à prendre.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 15. Februar 1995

Bei der Erarbeitung von Botschaften und Berichten mit finanziellen und personellen Auswirkungen strebt der Bundesrat eine möglichst transparente Darstellungsweise an, was in Zeiten knapper Bundesfinanzen besonders bedeutungsvoll ist. Auch bemüht er sich, dem Parlament die für die Führung der Bundesfinanzen notwendigen Entscheidungsgrundlagen rechtzeitig und in möglichst umfassender Weise zur Verfügung zu stellen.

Gemäss Artikel 43 Absatz 3 Buchstabe a des Geschäftsverkehrsgesetzes sind in allen Botschaften und Berichten in einem speziellen Kapitel die personellen und finanziellen Auswirkungen der Vorlage auf den Bund darzustellen. Ein hoher Stellenwert kommt dabei der Aussage zu, ob und inwieweit die neuen Personal-, Investitions- bzw. Betriebsausgaben im jeweils aktuellen Finanzplan berücksichtigt sind.

Auf Grund einer Intervention der Finanzkommission des Ständerates ist das EFD beauftragt worden, in Zusammenarbeit mit den Departementen und der BK ein Rundschreiben auszuarbeiten mit dem Ziel, mittels detaillierter Darstellung der ressourcenmässigen Auswirkungen (Finanzen, Personal, Räume) die Transparenz der Botschaften an die eidgenössischen Räte zu verbessern.

Besonders hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Erarbeitung der drei Sanierungsbotschaften 1992, 1993 und 1994. Basierend auf der jeweiligen finanzpolitischen Ausgangslage gelangten vorerst die beantragten Sanierungsmassnahmen in einer Gesamtschau zur Darstellung. Erst danach wurden die einzelnen Sparvorschläge bzw. Einnahmenverbesserungen abgehandelt und begründet. Ein solches Vorgehen erleichtert die Arbeitsweise des Parlamentes und verschafft den notwendigen Überblick über die Konsequenzen der Entscheide.

Angesichts dieser Sachlage erübrigt sich nach Auffassung des Bundesrates, jeweils bei jeder Session eine Liste – wie dies von der liberalen Fraktion gefordert wird – über alle neuen Stellen und sämtliche neuen Investitions- und/oder Betriebsausgaben zu erstellen und diese laufend zu ergänzen. Dies hätte einen nicht zu unterschätzenden Verwaltungsaufwand mit zusätzlichen Kosten zur Folge und würde zu einer weiteren Papierflut beitragen. Zudem erfährt die Traktandenliste der in einer Session zu behandelnden Geschäfte immer wieder nicht voraussehbare Änderungen, so dass die Aufrechterhaltung der Aktualität einer solchen Liste nur schwer sicherzustellen wäre.

Rapport écrit du Conseil fédéral du 15 février 1995

Lors de la préparation de messages et de rapports ayant des conséquences financières et sur le personnel, le Conseil fédéral tente de donner une transparence maximale à la présentation. Cela revêt une importance particulière durant les périodes de déficits. Il s'efforce également de mettre à disposition du Parlement suffisamment tôt les bases de décision les plus complètes possible dont celui-ci a besoin pour gérer les finances fédérales.

Selon l'article 43 alinéa 3 lettre a de la loi sur les rapports entre les Conseils, le Conseil fédéral doit indiquer dans tous ses messages et rapports, à l'aide d'un chapitre particulier, les conséquences financières et les effets sur l'état du personnel qu'aura pour la Confédération l'application des règles et mesures proposées. La question de savoir si et dans quelle mesure les nouvelles dépenses de personnel, d'investissement et de fonctionnement sont prises en compte dans le plan financier revêt une grande importance.

Suite à une intervention de la Commission des finances du Conseil des Etats, le DFF a été chargé de préparer une circulaire, en collaboration avec les départements et la Chancellerie fédérale, dans le but d'améliorer, au moyen d'une présentation détaillée des conséquences au niveau des ressources (finances, personnel, locaux), la transparence des messages destinés aux Chambres fédérales.

Il y a notamment lieu de mentionner à ce sujet l'élaboration des trois messages sur les mesures d'assainissement 1992,

1993 et 1994. Les mesures d'assainissement proposées ont d'abord été présentées globalement, sur la base de la situation financière. Les diverses propositions d'économies et améliorations au niveau des recettes ont ensuite été traitées et justifiées. Cette manière de procéder facilite le travail du Parlement et fournit la vue d'ensemble requise sur les conséquences des décisions.

Dans ces circonstances, le Conseil fédéral n'estime pas indispensable d'établir pour chaque session, comme le demande le groupe libéral, un tableau de tous les postes nouveaux et de toutes les nouvelles dépenses d'investissement et/ou de fonctionnement et de le tenir à jour en permanence. Cela supposerait un travail administratif non négligeable, des frais supplémentaires et une augmentation de la masse de papier. Par ailleurs, la liste des objets figurant à l'ordre du jour d'une session est régulièrement sujette à des modifications imprévisibles, de sorte qu'il serait difficile de garantir l'actualité du tableau en question.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Der Bundesrat beantragt, die Motion abzulehnen.

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de rejeter la motion.

Sandoz Suzette (L, VD): Lorsqu'on a l'intention de maîtriser des finances, il est évidemment nécessaire d'avoir une vue d'ensemble. C'est dans cette idée que le groupe libéral a déposé cette motion, demandant qu'au début de chaque session soit dressée une liste de l'ensemble des dépenses de fonctionnement, d'investissement, de postes, qui serait lié aux différents objets à traiter pendant la session, de manière que nous voyions en fait les conséquences que pourraient avoir les décisions à prendre pendant la session. La motion demande aussi que cette liste soit tenue à jour, au fur et à mesure du déroulement des événements.

Que répond le Conseil fédéral? Le Conseil fédéral répond: non, on n'acceptera pas cette motion, et il donne à l'appui de sa réponse trois arguments. Il dit: nous faisons des messages aussi clairs que possible, on tâche de vous les envoyer à l'avance; il dit: lorsqu'on vous a présenté les messages concernant les mesures d'assainissement, on a tâché de vous tenir au courant assez tôt; il dit: de toute façon, votre motion provoquerait du travail, augmenterait la quantité de papier, et puis, en fin de compte, on ne pourrait pas prévoir l'imprévisible et, par conséquent, on ne serait pas à jour.

Si vous permettez, j'aimerais reprendre ces trois arguments. Je ne m'arrêterai pas longuement sur l'argument concernant les messages sur les mesures d'assainissement, parce que cet argument est irrelevant par rapport à la motion.

En revanche, je m'arrêterai un instant à l'argument des messages, messages clairs, envoyés assez tôt, et grâce auxquels, s'ils arrivent en effet à les combiner, à les compiler, les parlementaires devraient avoir une vue d'ensemble en prévision de la session.

Pardonnez-moi, Monsieur le Conseiller fédéral, je ne sais pas si vous-même et vos collègues avez jamais été parlementaires! Peut-être ne vous souvenez-vous pas que nous sommes les parlementaires probablement les plus mal lotis du monde, quand il s'agit de faire notre travail. Vous avez peut-être oublié que nous recevons les messages dans un désordre chronologique total, que les messages eux-mêmes arrivent des fois très tard alors que l'objet est déjà traité en commission, qu'il y a des changements considérables apportés en commission à ce qui a été prévu par les messages, que nous ne pouvons pas lire tous les messages, que de surcroît nous n'avons pas de lieu de travail, que nous sommes en train de déplacer sans cesse nos dossiers de chez nous au Parlement, du Parlement chez nous, et que, pour faire le travail de synthèse, il faudrait, de toute évidence, avoir d'autres conditions de travail.

Quant à la clarté des messages, vous avez raison, Monsieur le Conseiller fédéral, beaucoup de messages sont très bons, mais j'aimerais bien arriver à comprendre, par exemple, ce que signifie, en matière de postes, le message sur le service civil et les modifications qui ont été apportées par la commis-

sion. Cet argument-là ne vaut rien parce qu'il ignore la réalité. Quant au dernier argument avancé par le Conseil fédéral, selon lequel, après tout, ça demanderait trop de papier, on pourrait imaginer qu'on ne fasse peut-être pas autant de feuilles avec des corrections parce qu'il y a des erreurs et qu'on ne nous remette plus à plusieurs reprises le même texte; on pourrait imaginer une gestion plus rationnelle du papier au Parlement, c'est exact. On nous répond, d'autre part, que ça donnerait du travail à l'administration – j'y reviendrai dans un instant – et surtout qu'on ne pourrait pas prévoir l'imprévisible pour être à jour. Je pense qu'on nous prend pour des ânes! Il est assez évident que nous ne demandons pas que l'on prévoie l'imprévisible, nous demandons simplement que l'on tienne à jour en fonction de ce qui s'est passé. Plus de bon sens ne peut pas être requis!

Mais je reviens au travail de l'administration. Je crois bien que ça donnerait un peu de travail à l'administration, mais nous pensions surtout, dans notre naïveté, que l'administration et le Conseil fédéral avaient toujours, d'une certaine manière, cette vue d'ensemble que nous demandons. Est-ce que la réponse du Conseil fédéral n'est pas, peut-être, l'aveu que personne n'a, ni au début des sessions, ni en cours de session, la vue d'ensemble que nous essayons d'avoir?

Contrairement à l'avis du Conseil fédéral, je vous propose donc de soutenir la motion du groupe libéral pour que non seulement les parlementaires que nous sommes puissions avoir une vue d'ensemble nécessaire à la maîtrise ou à la tentative de maîtrise de la situation financière, mais peut-être pour que l'administration et le Conseil fédéral puissent, eux aussi, avoir une vue d'ensemble qui ne leur serait pas inutile.

Stich Otto, Bundesrat: Ich kann Frau Sandoz versichern, dass ich eine kleine Ahnung habe, was ein Parlamentarier ist. Ich bin schliesslich auch zwanzig Jahre lang hier im Saal gesessen und weiss, was man tun kann. Aber mir wäre es nie in den Sinn gekommen, vom Bundesrat einfach Dinge zu verlangen, die man an sich haben kann.

Wir haben den Auftrag, in den Botschaften und Berichten immer darzulegen, wie viele Stellen es braucht, was es kostet, was die Konsequenzen sind. Ich kann Ihnen ruhig sagen: Ich habe damit meine liebe Mühe, denn ich schätze es eigentlich nicht, wenn die Departemente in die Botschaften schreiben: Wir brauchen dann für das und das so und so viele Stellen. Damit glauben sie, wir hätten diese Stellen und könnten sie ihnen geben. Das nützt uns an und für sich nichts, wenn Sie nachher beschliessen, wir sollten 200 Stellen abbauen. Dann können wir immer wieder von vorne anfangen und versuchen, auf irgend etwas zu verzichten, damit wir die Aufgaben erfüllen können.

Ich habe hier eine Zusammenstellung, was im Moment nur für 1996 an Stellen gefordert wird – heute schon, von verschiedenen Ämtern für verschiedene neue Aufgaben. Es sind insgesamt 223 neue Stellen. Ich bin aber überzeugt, dass Sie nachher die Motion annehmen werden, in der verlangt wird, dass wir in der zivilen Verwaltung etwa 200 Stellen abbauen sollen. Was nützt es dann, Ihnen ein solches Papier zuzustellen?

Wir schicken Ihnen immer rechtzeitig die Botschaften, und wir orientieren Sie vollumfänglich. Aber das sollte genügen. Sie können nicht gleichzeitig immer neue Dienstleistungen, immer neue Zusammenstellungen verlangen, manchmal mit einem fragwürdigen Wert – fragwürdig, wenn man Zwischenberichte erstellt, wenn man damit vor allem den Bundesrat beschäftigt. Aber letztlich entschieden wird erst beim Budget; erst dann ist wirklich definitiv, was wir verlangen.

Deshalb muss ich sagen: Ihre Motion verursacht zwar sehr viel Arbeit – wir müssen das in sämtlichen Ämtern immer und immer wieder, jedesmal vor der Session, erfassen –; aber was machen Sie damit, was ist das Ergebnis? Wahrscheinlich sind Nutzen und Aufwand nicht in einem guten Verhältnis. Deshalb bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Abstimmung – Vote
Für Überweisung der Motion
Dagegen

48 Stimmen
41 Stimmen

93.3186

Interpellation Meier Samuel

Ausgabenbeschlüsse im delegierten Rechtsetzungsbereich

Décisions engageant des dépenses dans le cadre de la délégation législative

Wortlaut der Interpellation vom 19. März 1993

Wir ersuchen den Bundesrat, seine Haltung bezüglich der Beziehungen von Ausgaben aufgrund von Verordnungen und Bundesratsbeschlüssen einerseits und der Budgethoheit des Parlamentes andererseits darzulegen.

Insbesondere stellen wir die folgenden Fragen:

1. Fühlt sich der Bundesrat an die Beträge, die im Voranschlag vom Parlament beschlossen wurden, gebunden, wenn er in eigener Kompetenz ausgabenwirksame Beschlüsse fasst?
2. Fühlt sich der Bundesrat verpflichtet, ausgabenwirksame Bestimmungen in Verordnungen oder Bundesratsbeschlüssen zu verändern, wenn sonst die Ausgaben, wie sie im Voranschlag festgelegt wurden, überschritten würden?

Texte de l'interpellation du 19 mars 1993

Nous demandons au Conseil fédéral de définir sa position au sujet des dépenses engagées en vertu d'ordonnances et d'arrêtés du Conseil fédéral, d'une part, et de celles faites au titre de la compétence budgétaire du Parlement, d'autre part.

Nous posons notamment les questions suivantes:

1. Le Conseil fédéral considère-t-il qu'il est lié par les montants qui ont été fixés par le Parlement dans le budget, lorsqu'il prend des décisions autonomes entraînant des dépenses?
2. S'estime-t-il obligé de modifier les dispositions d'ordonnances et d'arrêtés du Conseil fédéral entraînant des dépenses, lorsque les chiffres fixés dans le budget sont dépassés?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 12. Mai 1993

*Rapport écrit du Conseil fédéral
du 12 mai 1993*

Zu den beiden vom Interpellanten gestellten Fragen nimmt der Bundesrat wie folgt Stellung:

1. Aus rechtlicher Sicht darf der Bundesrat grundsätzlich ausgabenwirksame Beschlüsse nur bis zur Höhe der bewilligten Kredite fassen. Es liegt indessen in seiner Kompetenz, in Ausnahmefällen auch Entscheide zu treffen, deren finanzielle Konsequenzen im Voranschlag nicht berücksichtigt sind. In diesem Falle hat der Bundesrat rechtzeitig einen Nachtragskredit zu verlangen, allenfalls ist hierfür das Dringlichkeitsverfahren erforderlich.

Die Voraussetzungen für ein Abweichen von den limitierenden Vorgaben der eidgenössischen Räte sind für den Bundesrat nur dann erfüllt, wenn gewichtige und zwingende Gründe ein solches Vorgehen nahelegen.

2. Falls sich ein Überschreiten der Voranschlagskredite abzeichnet, stehen aus rechtlicher Sicht zwei Möglichkeiten offen:

– Auf die erforderliche Revision von Verordnungen und ausgabenwirksamen Beschlüssen wird verzichtet, wobei aber rechtzeitig ein Nachtragskredit verlangt wird; oder
– die Verordnungen und Beschlüsse werden derart angepasst, dass die bewilligten Kredite nicht überschritten werden müssen.

Motion der liberalen Fraktion Neue Stellen und Ausgaben. Übersicht

Motion du groupe libéral Vue d'ensemble des postes nouveaux

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.3559
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.03.1995 - 14:30
Date	
Data	
Seite	576-578
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 405

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.